Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Rundbrief #101
26. Jahrgang | Juni 2019

Liebe Freundinnen und Freunde,

seit einigen Monaten gibt es wieder richtig Wirbel ums Klima. Begonnen hat das mit einem Schulstreik für das Klima der damals fünfzehnjährigen schwedischen Schülerin Greta Thunberg im August vergangenen Jahres. Die taz berichtete damals darüber, wie Greta in Stockholm auf dem Bürgersteig vor dem Reichstagsgebäude saß, dem schwedischen Parlament. Neben sich ihren Schulrucksack, eine Trinkflasche und ein Schild: „Skolstrejk for klimatet", „Schulstreik für das Klima". Sie blieb dort rund drei Wochen lang sitzen bis zu den schwedischen Parlamentswahlen am 9. September: „Es ist mein Protest dagegen, dass kein Politiker die Klimafrage so ernst nimmt, wie sie genommen werden muss." Greta klagte Politiker wegen Lügen und Nichtstun an: „Was ihr tut oder nicht tut, wird mein ganzes Leben bestimmen und das meiner Kinder und Enkel."

Dass sie damals, als sie zunächst alleine vor dem Reichstag saß, auch schon auf eine breite Bewegung gehofft haben dürfte, kann angenommen werden. Denn Greta Thunberg erklärte später, ihr Vorbild seien die Proteste für schärfere Waffengesetze in den USA gewesen. Nachdem dort ein 19-Jähriger in einer Schule in Parkland 17 Schülerinnen und Schüler getötet hatte, haben Schülerinnen und Schüler aus Parkland eine beispiellose Protestbewegung gestartet. Ihr Ziel: Es soll endlich schärfere Waffengesetze in den USA geben. „Marsch für unsere Leben" – unter diesem Motto gingen am 24. März quer durch die USA weit mehr als eine Million Menschen auf die Straße! Alleine an der zentralen Kundgebung in der Hauptstadt Washington, die von Jugendlichen organisiert wurde, nahmen rund 800.000 Menschen teil. Dies fand weltweite Beachtung und Anerkennung.

Mit ihrem eindeutigen Handeln und ihrer klaren, bildhaften Sprache hat Greta sehr viele Menschen erreicht und bewegt. Als sie im Januar – inzwischen international schon sehr bekannt geworden – beim Weltwirtschaftsforum in Davos sagte: „Ich will, dass ihr in Panik geratet. Handelt, als ob euer Haus brennt, denn es brennt" –, hat das vermutlich viel mehr Menschen betroffen gemacht als die bloßen Klimafakten.

In kurzer Zeit hat sich aus einer Aktion von Greta Thunberg eine weltweite Bewegung Hunderttausender entwickelt. Seit Monaten gehen Jugendliche freitags fürs Klima auf die Straße statt in die Schule oder die Uni. Was zunächst nur ihr Schlagwort in den sozialen Medien war, ist schnell zu ihrem Namen geworden: „Fridays for Future".

Wenn das Klima kollabiert

Das Engagement der jungen Menschen für das Klima ist erfreulich und wichtig. Denn wir stecken mittendrin im Klimawandel und

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Das verlorene Paradies**
- **Kritik an israelischer Politik zum Schweigen bringen (II)**
- **Sudan: "Talkin' about a Revolution"**
- **amnesty international zu Sudan**
- **„Warum habt Ihr nichts getan?"**



Schulstreik für den Klimaschutz am 15. März auf dem Stuttgarter Marktplatz.

dessen Auswirkungen. Polkappen und Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt, Überschwemmungen oder Stürme zerstören Hab und Gut der Menschen, steigende Temperaturen begünstigen die Ausbreitung von Krankheiten wie Malaria, langanhaltende Dürren oder sintflutartige Regenfälle verringern und vernichten die Ernten.

Laut der US-Wetterbehörde NOAA hat sich die Erde von 1881 bis 2015 weltweit durchschnittlich um ein Grad Celsius erwärmt, in Deutschland sogar um 1,4 Grad. Je wärmer die Meere werden, desto mehr Wasser verdunstet. Je höher die Lufttemperatur, desto mehr Wasser nehmen die Wolken auf. Hitzewellen und Dürren ebenso wie Starkregenfälle können dadurch häufiger

Weitere Infos auch unter
www.lebenshaus-alb.de

und heftiger ausfallen.

Schon jetzt leiden in Europa einige Regionen an Verlust des Bodens durch Trockenheit. Heiße, trockene Sommer dörren den Boden aus. Die Stauseen führen weniger Wasser, Flüsse verkümmern zu Rinnsalen, es herrscht Wassermangel. Felder und Wälder brennen. Der Hitzesommer 2003 hat in der EU über 70.000 Menschenleben gefordert. Bei einer globalen Erwärmung um weitere drei Grad und häufigeren Hitzeperioden rechnet die Europäische Umweltagentur (EUA) bis 2100 mit zusätzlichen 86.000 Toten pro Jahr. Auch 2018 war wieder ein außergewöhnlich heißes und trockenes Jahr. Seit vielen Jahren häufen sich immer neue Hitzerekorde. In Deutschland folgen sogenannte Jahrhunderthochwasser in immer kürzeren Abständen aufeinander.



Greta Thunberg vor dem schwedischen Parlamentsgebäude in Stockholm, August 2018.

Auf der Flucht

Doch die Folgen des Klimawandels treffen die in Armut lebenden Menschen in den Ländern des Südens am stärksten. Für sie vollzieht sich bereits eine Klimakatastrophe. Das veränderte Klima verschärft Hunger und Armut und treibt Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. So kommt eine *Greenpeace*-Studie von 2017 zu dem Ergebnis, dass schon heute jährlich 21,5 Millionen Menschen auf der Flucht sind, weil ihre Heimat durch die Klimakatastrophe keine ausreichenden Lebensbedingungen mehr bietet - das sind mehr als doppelt so viele, wie jedes Jahr durch Krieg und Gewalt in die Flucht getrieben werden. In den kommenden 30 Jahren ist mit mehreren hundert Millionen Flüchtlingen zu rechnen. Aber diese Menschen kommen im internationalen Flüchtlingsrecht nicht vor.

Obwohl sie kaum zu der Katastrophe beigetragen haben, werden gerade die Länder des Südens vom veränderten Klima besonders hart getroffen. Dabei haben große Industrienationen den größten Anteil an der Verschmutzung der Atmosphäre mit Kohlendioxid. Doch sie haben zudem die finanziellen Mittel, sich besser vor den Folgen der Katastrophe zu schützen.

Klimawandel nicht aufhaltbar

Nein, aufhalten können wir den Klimawandel nicht mehr. Doch seine schlimmsten Folgen können wir noch verhindern - wenn wir jetzt die Notbremse ziehen. Doch wer zieht diese? Die weltweiten CO_2-Emissionen sind 2018 auf Rekordniveau angestiegen und in Deutschland sind die Klimaschutzaktivitäten seit Jahren zum Stillstand gekommen. Politikerinnen und Politiker reden, reden, reden – und handeln kaum, jedenfalls längst nicht so, wie es dringend erforderlich wäre. Mit großen Schritten rast der Planet Erde in eine für die menschliche Existenz unbeherrschbare Heißzeit.

Diese fast völlige Tatenlosigkeit von Politikerinnen und Politikern hängt auch damit zusammen, dass es für sie weitgehend Tabu ist, unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Frage zu stellen. Doch da zur Grundstruktur des Kapitalismus ständiges Wachstum gehört, lässt uns das unaufhaltsam in die Katastrophe taumeln.

Kapitalismus mit seiner Wachstumslogik überwinden

George Monbiot, britischer Journalist, Autor, Universitätsdozent, Umweltschützer und Aktivist, stellt fest, da „das Ausmaß an wirtschaftlicher Aktivität so lange zunimmt, bis der Kapitalismus alles durchdringt, von der Atmosphäre bis zum Meeresgrund, wird der gesamte Planet zu dem Bereich“, welcher der „profitmachenden Maschine“ geopfert werde. „Das treibt uns in einem derartigen Ausmaß der Katastrophe entgegen“, unterstreicht er, „dass die meisten Menschen es sich überhaupt gar nicht vorstellen können. Uns droht ein wesentlich größerer Zusammenbruch unseres lebenserhaltenden Systems als Kriege, Hungersnöte, Seuchen oder Wirtschaftskrisen allein ihn je verursachen könnten – selbst wenn er wahrscheinlich alle diese vier Plagen mit beinhaltet. Gesellschaften können sich von solch apokalyptischen Ereignissen wieder erholen, nicht aber vom Verlust von Lebensraum, einer artenreichen Biosphäre und einem lebensfreundlichen Klima.“

Für ein Überleben auf unserem Planeten Erde brauchen wir letztlich die Überwindung des Kapitalismus. Dessen ständiges Wachstum funktioniert nur durch eine Ausbeutung von menschlichen und natürlichen Ressourcen. Deshalb ist der ausufernde Kapitalismus, der sich immer weiter breit macht, eine tödliche Bedrohung für Mensch und Natur. Das ins Spiel gebrachte „grüne Wachstum“ oder ein „grüner Kapitalismus“ ist eine Illusion. Es braucht also grundlegende strukturelle Veränderungen der Gesellschaft und Wirtschaft. Von daher gilt es, dringend Alternativen zu suchen und eine Umgestaltung von einer lebenszerstörenden zu einer lebensdienlichen Wirtschaft einzuleiten.

Doch wie schwierig alleine schon das Nachdenken darüber ist, zeigen die hysterischen Reaktionen auf die durchaus moderaten Interview-Äußerungen des Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert, in denen er laut über eine Kollektivierung großer Unternehmen nachdachte. Offensichtlich hat er damit das Tabu gestört, „die Zukunft anders zu verstehen als wir es uns angewöhnt haben und nun mit quasi-religiöser Inbrunst beschwören - nämlich als eine permanente Gegenwart“, wie der SPIEGEL-Autor Nils Minkmar interpretiert.

„Fridays for Future“

Dass es mit der herrschenden Politik und Wirtschaftsweise nicht einfach weitergehen kann, erkennen nun mehr und

mehr Schüler und Schülerinnen der „Friday for Future"-Bewegung. Freitag für Freitag bestreiken sie den Schulunterricht und weisen stattdessen auf ihre Existenzgefährdung hin. An einzelnen Streiktagen sind alleine in Deutschland schon bis zu 300.000 Kinder und Jugendliche auf der Straße gewesen, weltweit sind es Millionen. Dabei übertreten die Schülerinnen und Schüler mit ihrem Schulstreik die typischen Grenzen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche: „Hier Schule, da Freizeit"; „hier lernen, da demonstrieren." Es geht darum, Zusammenhänge aufzuzeigen und herzustellen. Dafür stehen die Schülerinnen und Schüler unbeirrt ein.

Diese neue internationale Massenbewegung von Jugendlichen macht Hoffnung. Der Schweizer Soziologe Jean Ziegler, inzwischen immerhin 85 Jahre alt, zeigt sich begeistert: „Diese jungen Menschen zeigen, dass sie das große Artensterben, das rücksichtslose Abholzen der Regenwälder oder das Ausbreiten der Wüsten nicht kalt lässt. Sie sehen, welch schreckliche Folgen der Klimawandel für Millionen von Menschen hat und sie haben begriffen, dass entweder wir das System des Ressourcenraubs und der Profitmaximierung zerstören, oder dass es unsere Lebensgrundlagen zerstört. Sie rütteln die Politik auf, sich vom Diktat der Konzerne zu befreien."

Dass sich Erwachsene mit den Jugendlichen solidarisieren und ihnen den Rücken stärken, ist dringend erforderlich. Denn der Versuch von Politikern, diese Protestbewegung mit Androhung von Verweisen und anderen Schulstrafen wegen Missachtung des Streikverbotes einzuschüchtern, darf keinen Erfolg haben. Bestärken wir alle den Widerstandsgeist unserer Kinder und Enkel! Es ist gut, dass sich inzwischen über 40.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt als *Scientists for Future* zusammengeschlossen haben und hinter die demonstrierenden Jugendlichen stellen; auch *Parents for Future* gibt es schon.

Was kann Hoffnung machen?

Natürlich wird es noch ein weiter Weg sein, um eine grundlegende Wende zustande zu bekommen. Es wird noch viel Anstrengung benötigen, dass Politikerinnen und Politiker eines Tages nicht mehr daran festhalten, alles der kapitalistischen Profitlogik zu unterwerfen und sich deshalb gegen die Natur und soziale Belange entscheiden.

Was kann da Hoffnung machen? Noch einmal Jean Ziegler, der in zahlreichen Büchern dazu aufruft, die „kannibalische



Weltordnung" zu stürzen und eine Welt der sozialen Gerechtigkeit zu errichten, der seine Hoffnung so ausdrückt: „Ich kann nur sagen, dass ein neues historisches Subjekt entstanden ist, die **planetarische Zivilgesellschaft**. Das sind die vielen kleinen und großen sozialen Bewegungen, die sich gegen Umweltzerstörung, Folter und Spekulation einsetzen und für die Rechte von Kleinbauern und die Gleichberechtigung von Frauen. Da kommen Menschen aus allen sozialen Klassen, Denkschulen und Altersgruppen zusammen, die der vielerorts herrschenden Unmenschlichkeit etwas entgegensetzen wollen."

Dabei kommt es auf jede und jeden von uns an. „Entweder **wir** ändern diese Welt oder niemand tut es." (Ziegler) Als *Lebenshaus Schwäbische Alb* fühlen wir uns verbunden mit diesem weltweiten zivilgesellschaftlichen Netzwerk, innerhalb dessen wir ein kleiner Knotenpunkt sind.

Herzliche Grüße

Euer / Ihr



Michael Schmid

Bitte um weitere Unterstützung

Unterstützen Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* mit einer Spende, sei es mit einer Einzelspende oder auch mit einer regelmäßigen Spende per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung. Außerdem gibt es die Möglichkeit, uns mit Ihrer Fördermitgliedschaft oder einem zinslosen Darlehen zu unterstützen.

Freuen würden wir uns auch über weitere zweckgebundene Spenden für den Solidarfonds „Grundeinkommen Friedensarbeit" (siehe dazu Artikel und Interview in Rundbrief 100).

Mit einem Vermächtnis oder einer Erbeinsetzung kann gezielt eine gemeinnützige Organisation wie *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt werden. In diesem Fall entfällt die Erbschaftssteuer und das Erbe kommt in vollem Umfang der Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Erhalt der Umwelt zugute.

Nachrichten aus dem Lebenshaus

Protestkundgebung gegen Abschiebungen ins Kriegsland Afghanistan



Rund 30 Menschen haben am 20. März bei der vom *Lebenshaus* organisierten Protestkundgebung in Gammertingen die Einstellung aller Abschiebungen nach Afghanistan gefordert.

Michael Schmid führte in einer Rede aus, dass die Bundesregierung trotz katastrophaler Sicherheitslage weiter Abschiebungen in das Kriegsland Afghanistan forciere und Gefahr für Leib und Leben der Abgeschobenen in Kauf nehme. Genau am 20. März sei der nunmehr 22. Sammelabschiebeflug seit dem ersten Flug im Dezember 2016 in Kabul eingetroffen.

Dabei habe die Zahl ziviler Opfer in Afghanistan 2018 einen neuen Höchststand seit Beginn der systematischen Zählung durch die UNO erreicht. Das gehe aus dem Jahresbericht der UN-Mission in Afghanistan (UNAMA) hervor, der am 24.2.19 in Kabul veröffentlicht worden sei. Demzufolge seien 3804 Zivilistinnen und Zivilisten bei Konflikten ums Leben gekommen, 7.189 verletzt worden. Fast ein Viertel der getöteten Zivilisten seien Kinder.

Nicht nur die Bundesregierung, auch die Länder - u.a. Baden-Württemberg - seien Teil des Problems, indem sie mit Abschiebungen in ein kriegserschüttertes Land die harte Abschiebepraxis zum Teil mittragen würden. Bis zu einem endgültigen, generellen Abschiebestopp und konkreten Bleibeperspektiven für afghanische Geflüchtete sei also unser weiteres Engagement erforderlich.

Am 5. Juni, 18 Uhr, veranstalten wir die 11. Protestkundgebung gegen Afghanistan-Abschiebungen in Gammertingen.

Mitgliederversammlung

Am 11. Mai fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Vereins *Lebenshaus Schwäbische Alb* statt. Dabei hielt Michael Schmid mit seinem Geschäftsbericht, veranschaulicht durch eine Powerpoint-Präsentation, ausführlich Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr 2018/2019. Er machte unter anderem deutlich, dass das Thema „Afghanistan“ weiter eine große Rolle bei Veranstaltungen, in Publikationen und der Öffentlichkeitsarbeit sowie der praktischen Solidaritätsarbeit gespielt habe. Zudem habe sich der Vorstand in den vergangenen Monaten besonders intensiv mit Auswirkungen des Nahost-Konflikts hier in unserer Gesellschaft beschäftigt. Es sei sehr besorgniserregend, wie durch eine immer intensivere Kampagne versucht werde, jegliche noch so legitime und präzise Kritik an der israelischen Regierungspolitik als antisemitisch zu diffamieren, was immer häufiger zu Absagen bzw. Verboten von Veranstaltungen und Ausstellungen führe. Damit werde auch die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Meinung, Lehre und Wissenschaft sowie des öffentlichen demokratischen Diskurses eingeschränkt. Als *Lebenshaus* würden wir versuchen, diesen Einschränkungen demokratischer Grund- und Menschenrechte entschieden zu widerstehen und unsere Solidarität mit den Betroffenen zu üben.

Der Kassenprüfbericht von Eberhard Wurst und Hans Landenberger ergab, dass sie alles korrekt und in bester Ordnung vorgefunden hätten. Im Anschluss daran wurde der Vorstand von der Mitgliederversammlung einstimmig für seine Arbeit im zurückliegenden Geschäftsjahr entlastet und es wurde ihm ausdrücklich für seine Arbeit gedankt. Ebenso wurde die professionelle Arbeit unseres Webmasters und Layouters Achim Rosenhagen gewürdigt. Die anschließenden Vorstandswahlen ergaben die gleiche Zusammensetzung wie in den vergangenen beiden Jahren: Axel Pfaff-Schneider (Vorsitzender), Katrin Warnatzsch (Stellvertretende Vorsitzende) und Hubert Rothfeld (Stellvertretender Vorsitzender).

Friedensregion Bodensee bis 2030?

Annähernd tausend Menschen aus der Schweiz, Österreich und Deutschland setzten sich beim bereits 31. Bodensee-Friedensweg am Ostermontag, 22. April 2019, von Konstanz nach Kreuzlingen für eine grenzüberschreitende Friedensregion ein.

Hauptredner Jürgen Grässlin, profilierter deutscher Waffenexportkritiker, bezeichnete die Bodenseeregion als Europas dichteste Rüstungsregion, die bis 2030 in eine Friedensregion umgewandelt werden müsse; Annette Willi, Schweizer Mitgründerin der 2017 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Organisation ICAN, rief die Bundesrepublik und die Schweiz zur sofortigen Unterzeichnung des UNO-Vertrages für ein Atomwaffenverbot auf. Zuvor wandte sich die Berner Friedensaktivistin Louise Schneider gegen die Finanzierung von Rüstungsfirmen durch Schweizer Banken: „Geld für Waffen tötet!“

Nach dem Auftakt an der Marktstätte Konstanz bewegte sich ein bunter Zug von Frauen, Männern und Kinder mit Friedensfahnen und Transparenten, angeführt durch eine Trommlergruppe, durch die Konzilsstadt zum Stadtgarten. Dort machte Jürgen Grässlin in der ersten Rede deutlich: „Der Bodensee ist einmalig: Einmalig als Anziehungspunkt für



unzählige Touristinnen und Touristen, die von weither anreisen, um die Schönheit dieser Naturregion zu genießen. Einmalig auch als Produktionsgebiet für unzählige Kriegswaffen, die vielfach in Krisen- und Kriegsgebiete exportiert werden und die Schönheit anderer Naturregionen auf Jahrzehnte hinaus völlig verwüsten.“ Er wies darauf hin, dass 18 große Rüstungsbetriebe und zahlreiche weitere Zulieferbetriebe den Raum um den Bodensee zu Europas dichtester Rüstungsregion machten. Mit Kriegswaffen und Rüstungsgütern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich würden Kriege und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien befeuert. Diese Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen müsse jetzt ein Ende finden, führte Grässlin aus und rief dazu auf, den militärisch-industriellen Komplex am Bodensee in acht bis zehn Jahren bis 2030 vollständig in einen



friedensindustriellen Komplex umzuwandeln.

Nach seiner Rede ging es bei strahlendem Osterwetter auf Friedensspuren weiter über die Landesgrenze zur Abschlusskundgebung nach Kreuzlingen zum Hafenplatz. Annette Willi, Schweizer Mitgründerin der 2017 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Organisation ICAN, rief die Bundesrepublik und die Schweiz zur sofortigen Unterzeichnung des UNO-Vertrages für ein Atomwaffenverbot auf. Noch vor der Grenze bildeten die Teilnehmenden ein menschliches Peace-Zeichen als Symbol für eine grenzüberschreitende Friedenszusammenarbeit.

Zum Friedensweg am Bodensee 2019 hatten über 100 Organisationen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die in der Friedens-, Flüchtlings- und internationalen Zusammenarbeit engagiert sind, aufgerufen. Wie seit vielen Jahren gehört auch *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* dazu. Der internationale Bodensee-Friedensweg sieht sich in der Tradition der europäischen Ostermärsche, die ab 1958 von der pazifistischen Anti-Atombewegung in Großbritannien ausgingen. Den Bodensee-Friedensweg gibt es seit Mitte der 1980er-Jahre mit einigen Unterbrechungen bis heute. Er findet jedes Mal in einer anderen Stadt am Bodenseeufer statt.



Bereits zwei Tage zuvor hatte der landesweite Ostermarsch Baden-Württemberg „Für ein solidarisches Baden-Württemberg – ohne Militär, Rüstungsindustrie und Abschiebungen!“ in Stuttgart stattgefunden. Mit ca. 2500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der vom *Friedensnetz Baden-Württemberg* organisierte und von *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützte wohl einer der am bestbesuchten der rund 100 diesjährigen Ostermärsche in Deutschland.

Tagung im Herbst 2019

Wie bereits im letzten Rundbrief angekündigt, bereiten wir für 19./20. Oktober 2019 nun die siebte Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" sowie weitere Programmpunkte vor. Das ausführliche Programm ist dem beigefügten Einladungsflyer sowie – jeweils in aktuellster Fassung – unserer Internetseite www.lebenshaus-alb.de zu entnehmen.

Was bereits im Vorfeld hervorragend gelungen ist, ist die enorme Unterstützung unserer Tagung durch 35 Organisationen und Initiativen. Das freut uns. Natürlich wünschen wir uns jetzt auch eine ebenso gute reale Beteiligung an diesen Veranstaltungen im Oktober. Herzliche Einladung!

Gleichzeitig sind wir auf Unterstützung angewiesen, indem andere Menschen auf diese Veranstaltungen hingewiesen werden. Einladungsflyer können zum weiteren Verteilen oder Auslegen bei uns angefordert werden - gerne auch in größerer Stückzahl.

Die Tagung ist mit sehr viel Arbeit und relativ hohen Kosten verbunden. Ein Teil davon wird durch Beiträge der Teilnehmenden abgedeckt. Zudem haben wir einen Antrag für einen Zuschuss aus Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes gestellt, über dessen Höhe aber noch nicht entschieden ist. Es wird aber eine Finanzierungslücke bleiben, die wir mit Spendengeldern schließen müssen. Auch wer selber nicht an der Tagung teilnehmen kann, könnte durch eine Spende zur Kostendeckung und dadurch zum Gelingen beitragen.

Das verlorene Paradies

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Unsere Kleinstadt ist umgeben von vielen Äckern, Wiesen, Wald - und wir haben ein kleines Flüsschen. Noch sind die Biotope feucht und die Vögel fühlen sich hörbar wohl, Schwäne und Wasservögel spielen, Roter Milan und Wanderfalken kreisen über uns. Im Wald sind die Holzeinschläge deutlich mehr geworden, durch die große Trockenheit im letzten Sommer hatte der Borkenkäfer sich stark vermehrt.



Bei unseren Spaziergängen überholen uns immer wieder Traktoren und ungeheuer riesige landwirtschaftliche Maschinen, um die Felder zu bestellen. An Steinlagern am Rande der Feldwege kann man derzeit gut erkennen, wo die weithin sichtbaren Kalksteine auf den Feldern abgesammelt werden. Die Landschaft ist karg, weit und nur dünn besiedelt. Unter paradiesischer Fülle stellen sich manche Menschen aber vermutlich anderes vor. Finden lässt sich allerdings Ruhe und Weite.

In den Wäldern lauern keine feindlichen Terroristen, man muss keine Deckung suchen und dauernd in Anspannung die Ohren spitzen. Auf unseren Straßen gibt es zwar Raser, aber Checkpoints und bewaffnete Polizisten halten uns nicht auf.

Bei einer unserer ersten Autofahrten mit einem jungen afghanischen Geflüchteten waren wir erschrocken über seine Anspannung, die ihn an jeder nicht einsehbaren Stelle der Straße gefangen hielt. Er war es gewohnt, andauernd auf Überfälle gefasst zu sein, die das Lebensende zur Folge haben könnten. „Warum sind eure Straßen außerhalb des Ortes nicht beleuchtet?", fragte er zweifelnd.

Ein Handynetz ist fast überall vorhanden, ein Rettungswagen wäre in spätestens ca. dreißig Minuten an fast allen Orten. In unserer Stadt gibt es wenige unbewohnte oder verfallene Häuser und brachliegende Grundstücke, jedoch geht von ihnen nicht automatisch eine Bedrohung aus, wenn man daran vorbei geht. In Afghanistan dagegen sind dies Rückzugsorte für angsteinflößende Fremde oder gefährliche Baustellen.

Kinder und Frauen sieht man bei uns auch alleine unterwegs auf ihren Wegen zur Schule oder zum Einkaufen. Selbst am Abend und in der Nacht ist es für mich in unserm Ort noch nicht automatisch mit Angst verbunden, als Frau alleine von einer Veranstaltung nach Hause zu gehen. Fürsorglich haben mich mir bekannte Geflüchtete einmal nach Hause begleitet, als ich spät abends von einer Besprechung zu Fuß unterwegs war.

Alle diese alltäglichen Verrichtungen sind in Afghanistan nicht möglich. Ich höre, wie mir erzählt wird, „vom Straßenrand aus wird das Auto plötzlich beschossen und die beiden Mitfahrenden sacken tot neben mir zusammen, mein Bein ist plötzlich gefühllos und ich werde ohnmächtig, während der Fahrer weiterrast. Ich wache erst in einer Krankenstation auf, wo man mir sagt, man könne mir nicht helfen." Nach solchen Erfahrungen kann jede Autofahrt zunächst einmal eine Tortur sein. Da komme ich mir mit meinen Hinweisen auf grüne Felder und blühende Bäume komisch vor. Die Schönheit wird weg gefiltert.

Inzwischen aber ist der junge Mann ein stolzer Radfahrer, der die tägliche Anfahrt zur Arbeitsstelle auf dem Radweg neben

der Straße gut bewältigt, auch bei Dunkelheit. Nur das unberechenbare Wetter und der Winter mit seinen eisigen Tücken sind tatsächliche Probleme, die ihn nun über den Führerschein nachdenken lassen.



Ein anderer junger Mann musste nachts auf einem einsamen Radweg nachhause fahren und erschrak furchtbar an einem Geräusch, das aus den Bäumen kam und das er nicht zuordnen konnte. Die Folge war ein nächtlicher Hilferuf. Wir holten ihn daraufhin dann für eine Nacht zu uns ins *Lebenshaus*. Nach diesem Schreck hatte er eine wochenlange Angstattacke, die ihn psychisch ganz zurückwarf. Er war erinnert worden an seine Hilflosigkeit, in der er sich, mitten in Kriegshandlungen verwickelt, alleine zurechtfinden musste.

Fahrpläne und Züge waren den jungen Afghanen unbekannt, inzwischen sind sie Selbstverständlichkeit und eine Möglichkeit, Mitfahrende kennenzulernen und vor allem, in die größeren Städte und auch wieder zurück zu gelangen. Ist der letzte Zug abgefahren, dann passiere es schon einmal, dass sie eine Nacht auf einem großen Bahnhof auf der Bank verbringen, aber eine gefährliche Katastrophe sei das auch nicht. Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Ordnung unserer öffentlichen Organisation ist gewachsen und wird, von uns hier schon immer Lebenden kaum wahrnehmbar, als Zeichen des Friedens empfunden.

Die Bedeutung der Mütter

Ein anderer junger Afghane erzählt darüber, wie er es schon als Kind gehasst habe, die Waffe seines Vaters tragen zu müssen, während er diesen zur Feldarbeit begleiten musste. Er kommt aus einem Gebiet in Afghanistan, das von Überfällen der Terrorgruppen heimgesucht worden war, weshalb die Bauern nicht ohne Waffe zur Arbeit gegangen seien. Es sei immer wieder zu Tötungen und Gefechten gekommen, weil die nomadisch lebenden Fremden z.B. mit ihren Herden über die Felder gelaufen seien und die Ernte vernichtet worden sei; oder es seien Schafe in den Bergen gestohlen worden oder auch, Anderslebende und Unbeteiligte einfach erschossen worden. Als kleiner Junge habe er den Vater außerhalb des Hauses gar nicht ohne Waffe gekannt, das sei ein gewohntes Erscheinungsbild aller Männer gewesen.

Aber er erzählt von seiner Mutter, die schon, als er ein kleines Kind war, zu ihm gesagt habe, dass er niemals, unter keinen Umständen, einen Menschen töten dürfe. Sie habe ihm auch erklärt, dass es falsch sei, zu denken, man käme ins Paradies, wenn man Menschen töten würde. Das sei die - falsche - Ansicht der Taliban und anderer Terroristen.

Mit nachdenklichem Gesicht erzählt er von dieser liebevollen Mutter und als ich ihn frage, wie denn diese Haltung bei seiner Mutter entstehen konnte, meinte er, vielleicht von seiner Großmutter her. Er erzählt, dass er selbst sich dann als junger Mann sogar unter Folter gegen die Ausbildung zum Kämpfer für Kriegseinsätze verweigert habe. Dabei sei er fast zu Tode geschlagen worden, bis ihm endlich die Flucht gelungen sei.

Er sagt: „Ich mache gerade ein Praktikum bei einem Bäcker. Ich sehe, dass der Chef und die Mitarbeiter mit diesem Beruf gut leben können. Brot brauchen alle Menschen. Wir brauchen keine Waffen.“ Mit schnellen Handbewegungen zeigt er mir, wie er eine Brezel schlingen gelernt hat. Vielleicht gelingt es ihm, einen Ausbildungsplatz als Bäcker zu erhalten.

Ein anderer junger Mann, der sich als Jugendlicher auf die Flucht gemacht hatte, erzählt ähnliches über seine Mutter, von der er schon früh getrennt worden sei. Sein Vater sei getötet worden, als er erst drei Jahre alt und sein Bruder gerade geboren war. Die Mutter hätte dann sehr schnell wiederverheiratet werden müssen, denn sonst wäre sie getötet worden. Er habe dann einen extrem strengen Stiefvater gehabt, der ihn täglich geschlagen habe, sein Kopf sei immer vollkommen verbeult gewesen, bis heute habe er davon Narben am Körper. Essen und Versorgung habe er nur erhalten, wenn er als Tagelöhner am Abend Geld nach Hause bringen konnte. Sein kleiner Bruder habe Epilepsie gehabt und er habe auch für dessen Essen arbeiten müssen. Deshalb kenne er Kinderarbeit auf allen denkbaren Baustellen, z.B. in giftigen Aluminiumdämpfen, von wo er immer vollkommen schwarz nach Hause gekommen sei. Heimlich habe er ca. ein Jahr lang eine kleine Schule besucht, während er trotzdem für sein tägliches Essen arbeiten gegangen sei. Als der Stiefvater herausgefunden habe, dass er zur Schule gegangen war und weiter lernen wollte, habe er ihn fast zu Tode geschlagen und habe ihn samt dem kleinen Bruder für immer aus seinem Haus geworfen. Da sei er ungefähr zwölf Jahre alt gewesen.

An seine Mutter jedoch habe er so gute Erinnerungen, dass ihm jedes Mal die Tränen kommen, wenn er an sie erinnert wird. Sie habe ihm immer am Abend die schmutzigen, aufgerissenen Füße mit dem Milchfett ihrer einzigen Kuh einmassiert. Er habe nie Schuhe besessen.

Seine Mutter habe der Stiefvater vor die Wahl gestellt, entweder zu ihren Söhnen zu halten und mit ihnen zusammen das Haus zu verlassen. Diese Schande hätte der Stiefvater nicht untätig geschehen lassen. Oder die Mutter müsse ohne ihre Kinder bei ihm bleiben, um als Zweitfrau seine erste, schon hilfsbedürftige Frau zu versorgen und den großen Haushalt zu führen. Unter unendlichen Tränen hätten sich Mutter und Söhne getrennt, vermutlich würden sie sich niemals wiedersehen. Es gäbe seit Jahren keinen Kontakt mehr.

Fuß fassen

Ein anderer junger Mann aus Afghanistan hat nach einem Schulpraktikum im Kindergarten, von dem er ganz begeistert war, nun auch im Altenpflegeheim ein weiteres Praktikum absolviert. Für ihn war es hilfreich, zwei soziale Berufe miteinander vergleichen zu dürfen. Vielleicht ermutigt es ihn, seinem Traum vom Erzieherberuf entgegenzugehen und sich nach dem Hauptschulabschluss auch die Mittlere Reife zuzutrauen.

Dieser junge Mann leidet nach einer Kriegsverletzung unter anderem an einer eingeschränkten Belastbarkeit seiner rechten Hand. Da er Rechtshänder ist, kommen Handwerksberufe nicht in Frage. Damit die fortschreitende Verschlechterung der Beweglichkeit der Finger aufgehalten werden kann, habe ich eine Ergotherapie angeregt und den Kontakt vermittelt. Zusammen mit seinem Ergotherapeuten, zu dem er ein Vertrauensverhältnis aufbauen konnte, haben wir überlegt, welche Berufsausbildungen in Frage kommen könnten. Auch bei der Berufsberatung der Agentur für Arbeit wird er ausführlich beraten.

Nach der Ablehnung seines Asylantrags haben wir gemeinsam darüber beraten und dann über unsern Rechtsanwalt Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht. Gemeinsam haben wir eine schriftliche Klagebegründung ausgearbeitet und vor der Gerichtsverhandlung führten wir noch viele Gespräche. Die Klage war dann erfolgreich und er erhielt eine Aufenthaltserlaubnis.

Endlich darf er nun seine Zukunft in Deutschland planen. Die Erleichterung darüber hat ungeahnte Kräfte und Lebensmut in ihm freigesetzt. Seit vielen Jahren kann er endlich wieder ohne Schlafmittel einschlafen.



Die meisten der geflüchteten Männer, die in unserer Stadt zu Beginn des Jahres 2016 angekommen waren, haben nun inzwischen Arbeit, machen eine Ausbildung oder gehen noch zur Schule, um ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen. Ihre Sprachkenntnisse und -fertigkeiten sind inzwischen soweit angewachsen, dass sie eine Unterhaltung alleine führen können, wenn der schwäbische Dialekt, auf den sie hier vielfach treffen, auch nach wie vor nicht barrierefrei ist. Die allermeisten sagen, dass sie am liebsten auf Dauer in



unserer Stadt wohnen und arbeiten möchten, weil sie hier ihre Anlaufpunkte, freundliche Menschen und Entgegenkommen gefunden hätten.

Trotz dieser positiven Entwicklungen bleibt bei allen Geflüchteten die Sehnsucht nach ihren verlorenen Familien als mindestens unterschwellig vorhandene Grundstimmung spürbar. Sie bleiben gezeichnet von der Entwurzelung und Flucht. Das Bemühen, sich im neuen Leben gerne einzufinden, ist ja ursprünglich nicht freiwillig, sondern wegen der Fluchtgründe erzwungenermaßen notwendig. Sobald sie eine offizielle Erlaubnis zum Aufenthalt erhalten haben, kann sich endlich Erleichterung einstellen. Die Angehörigen können jedoch in den meisten Fällen nicht nachkommen und das Heimatland kann niemals mehr besucht werden.

Europa und die Grenzen

Wenn allerdings eine endgültige Ablehnung eines dauerhaften Aufenthaltsrechtes in Deutschland und damit in Europa erteilt wird, nimmt die innere Zerrissenheit massiv zu. Manche zerbrechen und fliehen weiter, in der irrenden Annahme, woanders in Europa könnte es besser sein.

Nein, Europa macht für Flüchtende die Grenzen nach außen wie nach innen dicht. Menschen mit endgültig abgelehntem Asylverfahren müssen es dem „Zufall“ überlassen, ob sie weiter unbehelligt in Deutschland geduldet werden und wie lange. Ein unsichtbares Rad dreht sich, in dessen Abschiebemechanismus sie unmerklich gezogen werden. Während die Ursachen für ihre Flucht aus ihrer Heimat in den allermeisten Fällen nicht in den nächsten Jahren wegfallen werden.

> Die Menschen werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es.
>
> *Aus der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte, Frankreich 1789.*

Kritik an israelischer Besatzungspolitik zum Schweigen bringen – Teil 2

Von Michael Schmid

In unserem letzten Rundbrief 100 habe ich bereits in einem Artikel auf beunruhigende Vorgänge hingewiesen: Wer legitime Kritik an der völkerrechtswidrigen und menschenrechtsfeindlichen Politik der israelischen Regierung übt, wird immer häufiger als „antisemitisch" und „anti-israelisch" diffamiert. Er kann sich auch plötzlich einer Kampagne ausgesetzt sehen, mit der erheblicher Druck erzeugt wird. Diese Diffamierungen und der erzeugte Druck zielen darauf, Kritik an der israelischen Politik zum Verstummen zu bringen. Immer häufiger werden Veranstaltungen oder Ausstellungen, die sich kritisch mit dem Konflikt Israel/Palästina befassen, abgesagt oder verboten. Mit Rufmord wird versucht, die berufliche Existenz von Menschen zu beschädigen oder zu vernichten. Als im März der Göttinger Friedenspreis 2019 an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost" verliehen werden sollte, einer Organisation also, in der ausschließlich Jüdinnen und Juden Mitglied sind, gab es eine massive Kampagne dagegen. Diese hatte insofern Erfolg, als dass sich Universität, Stadt und Sparkasse von der Preisverleihung zurückzogen, die sie bisher immer unterstützt hatten. Doch aufgrund des Engagements von vielen Menschen, insbesondere aber durch das mutige Verhalten des Jury-Vorsitzenden Andreas Zumach, konnte die Preisverleihung aller aufgestellten Hürden zum Trotz in einer privaten Galerie in Göttingen stattfinden. Wegen des großen öffentlichen Interesses – es nahmen rund 400 Menschen aus ganz Deutschland und dem benachbarten europäischen Ausland teil - wurde die Feier in zwei weitere Gebäude übertragen. Zuvor schon hatten sich mehr als 200 Organisationen und Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland mit dem Preisträger solidarisch erklärt, darunter auch *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

Unabhängig von der Haltung zum Konflikt in Israel und Palästina sollten sich alle Menschen, denen etwas an einer offenen demokratischen Gesellschaft liegt, dafür einsetzen, dass fundamentale Rechte wie die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.

Vor allem ist es auch unglaublich, dass hierzulande Jüdinnen und Juden wieder verleumdet und ausgegrenzt, jedenfalls in ihren Grund- und Menschenrechten eingeschränkt werden. Kann Moshe Zuckermann ernsthaft widersprochen werden, wenn er es als pervers ansieht, dass er als Sohn von Holocaust-Überlebenden nun von Deutschen des Antisemitismus bezichtigt wird und mundtot gemacht werden soll?



Das Bild zeigt zwei Vertreter der „Stiftung Dr. Roland Röhl" und einige Mitglieder der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost e.V." anlässlich der Verleihung des Göttinger Friedenspreises 2019.

Zu unserer Tagung „We shall overcome!" im Oktober haben wir die ebenfalls bereits von Veranstaltungsverboten betroffene israelisch-deutsche Künstlerin und Schauspielerin Nirit Sommerfeld eingeladen, damit sie über ihre Lebensgeschichte und ihr Engagement berichten kann.

Als Beispiel für eine inhaltliche Entgegnung zu Angriffen, die auf ein Veranstaltungsverbot zielen, dokumentieren wir eine Presseerklärung des mit uns befreundeten *pax christi Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart*. Die *Deutsch-Israelische Gesellschaft Stuttgart (DIG)* mit ihrer Vorsitzenden Bärbel Illi hatte mit verdeckten Angriffen im Vorfeld versucht, eine für 26. März 2019 in Stuttgart geplante Veranstaltung mit Dr. Shir Hever, Vorstandsmitglied der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost*, zu verhindern. Nachfolgend die Presseerklärung von *pax christi*.

***pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart* fordert die *DIG* auf, zu demokratischen Spielregeln zurückzukehren**

„Statt sich offen einer Diskussion zu stellen, versuchte die Deutsch-Israelische Gesellschaft (DIG) den Vortragsabend ‚Die ökonomischen Beziehungen zwischen Europa und Israel - und ihre Auswirkungen auf die palästinensischen Gebiete unter Besatzung', mit verdeckten Angriffen auf den Referenten und falschen Anschuldigungen gegen den Kooperationspartner *pax christi* zu verhindern", kritisiert Wiltrud Rösch-Metzler von der *pax christi Nahost-AG* des Diözesanverbandes Rottenburg-Stuttgart die DIG. Der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Shir Hever, Vorstandsmitglied der *Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost* und Korrespondent des *Real News Network* wird am Dienstag, 26. März, … im Haus der katholischen Kirche zu seinem Vortrag erwartet. Veranstalter ist die *Katholische Erwachsenenbildung Stuttgart* in Kooperation mit: *pax christi Rottenburg-Stuttgart* (Nahost-AG), *Freunde von Sabeel*, *Förderverein Bethlehem-Akademie Dar al-Kalima*, *Pro Ökumene* und *Ohne Rüstung Leben*.

Die *Jüdische Stimme für gerechten Frieden*, zu der der Israeli Hever zählt, hat vor kurzem den renommierten Göttinger

Friedenspreis verliehen bekommen. Die Organisation wendet sich nicht gegen Israel, sondern gegen mögliche Menschenrechtsverletzungen in Israel und Palästina. Dass die Organisation auch BDS unterstützt, heißt jedoch nicht, das alle anderen, die mit ihr oder einem Mitglied zu tun haben, in gleicher Weise BDS unterstützen. „An dieser Stelle kommt ein politisch-demagogisches Prinzip ins Spiel", schrieb dazu vor kurzem Micha Brumlik in der taz, „das in den 1950er-Jahren in den USA und auch in den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland, der Epoche der ‚Berufsverbote', den liberalen Diskurs zerstört hat: das Prinzip der ‚Kontaktschuld'. Hat jemand oder eine Gruppe auch nur den geringsten persönlichen Kontakt zu einer als feindlich definierten Gruppe beziehungsweise ihr nahestehenden Personen, dann gilt als ausgemacht, dass die Person oder Gruppe selbst eins zu eins identisch mit der kritisierten und abgelehnten Person oder Gruppe ist."



Dr. Shir Hever

Wer die Tagespolitik verfolgt, weiß, dass die Siedlungen, die die israelische Regierung baut, nicht Israel sind, nicht israelisches Staatsgebiet sind, dass diese völkerrechtswidrig sind, weil sie von der israelischen Regierung auf besetztem Gebiet errichtet werden. Diese Bauten sind gegen internationales Recht. Diese Siedlungen, egal ob dort Juden, Christen oder Muslime, israelische Firmen oder internationale Firmen tätig sind, befinden sich nicht in Israel. Die EU verhängt deshalb Zölle bei Waren aus Siedlungen, während für das israelische Staatsgebiet in den Grenzen von vor 1967 das EU-Assoziierungsabkommen gilt. Selbst Frau Illi schreibt, dass die Siedlungen im C-Gebiet der Westbank liegen. Das israelisch besetzte C-Gebiet umfasst ca. 60% der Westbank. Wenn man nun davon ausgeht, dass einmal neben dem Staat Israel ein Staat Palästina entstehen sollte, ist dieses C-Gebiet z.B. nach Ansicht der Weltbank, lebenswichtig für ein zukünftiges Palästina. „Indem die Vorsitzende der *DIG Region Stuttgart e.V.*, Frau Illi, den Siedlungsbau nicht in Frage stellt, macht sie sich zum Sprachrohr einer israelischen Ein-Staaten-Lösung, die Internationales Recht und die Menschenrechte der Palästinenser leugnet."

pax christi pflegt seit Jahrzehnten freundschaftliche Kontakte zu israelischen und palästinensischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen. Aus dieser Zusammenarbeit ist auch die Obsttüten-Aktion „Besatzung schmeckt bitter" im Jahr 2012 entstanden. Sie richtete sich nicht gegen Einzelpersonen oder Unternehmen, sondern gegen die strategische Entscheidung der betreffenden Akteure, in völkerrechtswidrigen Siedlungen zu investieren und zu produzieren. Sie wandte sich gegen die politische Entscheidung der israelischen Regierung, trotz jahrelangen Streits auf EU-Ebene auf der Kennzeichnung dieser Waren mit der Ursprungsangabe „Israel" zu beharren. Ebenso richtete sie sich gegen die Untätigkeit der deutschen Behörden, für die Verbraucher Klarheit über die tatsächliche Herkunft der Siedlungsprodukte zu schaffen.

In den Begleitmaterialien zur Aktion „Besatzung schmeckt bitter" der pax christi Nahost-Kommission heißt es unmissverständlich: „Es darf in Deutschland niemals wieder einen Boykott geben, der die Menschenwürde mit Füßen tritt. Deshalb ist es gut und richtig, dass Kaufverzichtsaktionen in der Öffentlichkeit mit besonders wachem und kritischem Blick verfolgt werden. Die Erinnerung an den von Gewalt und antisemitischen Hetzparolen begleiteten Boykott jüdischer Unternehmen im Jahr 1933 muss in unserer Gesellschaft immer Mahnung bleiben. Boykottmaßnahmen, die Menschen Unrecht antun, und zivilgesellschaftliche Aktionen, die Menschen Recht verschaffen wollen, sind jedoch zwei unterschiedliche Dinge. Menschen- und völkerrechtswidrigen Umständen seine Unterstützung zu verweigern, ist eine legitime ethische Entscheidung."

pax christi sieht in den BDS Forderungen keine antisemitische Grundhaltung, da die Existenz Israels in den Grenzen von vor 1967 nicht in Frage gestellt wird. So schrieb das Palestinian Boycott, Divestment and Sanctions National Committee (BNC) aus Ramallah an die Stadträtinnen und Stadträte der Landeshauptstadt München am 21.11.2017 klarstellend zu dieser Frage: „Das Ziel der Beendigung der israelischen Besatzung und Kolonialisierung aller arabischen Gebiete im BDS-Aufruf bezieht sich nicht auf das international anerkannte Territorium des Staates Israel: Gemäß humanitärem Völkerrecht ist ein Besatzungsregime immer ein temporäres Militärregime. Dieses Ziel bezieht sich daher auf alle arabischen Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden und bis heute von der UNO als ‚seit 1967 besetzte arabische Gebiete' bezeichnet werden: das palästinensische Westjordanland (inklusive Ostjerusalem) und der Gazastreifen; sowie die syrischen Golanhöhen. Kolonialisierung bezieht sich auf Israels völkerrechtswidrige Siedlungs- und Annexionspolitik in diesen besetzten Gebieten..."

Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hat 2016 erklärt: „Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller EU-Mitgliedsstaaten anwendbar ist, auch im Hinblick auf die in diesem Gebiet durchgeführten BDS-Maßnahmen." Auf die Frage nach der Einschätzung der EU-Kommission zu den Aussagen des israelischen Geheimdienstministers Yisrael Katz, dass mit „gezielten zivilen Eliminierungen" gegen palästinensische und internationale „Führer_innen" der BDS-Bewegung vorgegangen werden sollte, antwortete Mogherini, dass „die EU Drohungen und Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger_innen unter allen Umständen und entschieden verurteilt."

Quelle: pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart – Pressemitteilung vom 26.03.2019.

„Talking about a revolution" - Sprechen wir über eine Revolution im Sudan

Von Michael Schmid

Im Jahr 2012 ist der Sudan für uns im *Lebenshaus* in den Blickpunkt gerückt. Anlass dafür war eine neue Freundschaft mit der aus dem Einsatz im Zivilen Friedensdienst im Sudan zurückgekehrten Julia Kramer. Julia lebte und arbeitete dann von Juni bis Dezember 2012 in der Kerngruppe des *Lebenshauses*. Zur selben Zeit wurde ihre Freundin, die Menschenrechtsaktivistin Mai Shutta, wegen ihrer Teilnahme an gewaltfreien Protesten im Sudan inhaftiert. Die Bewegung junger Sudanesinnen und Sudanesen der gewaltfreien Bewegung „Girifna" hat sich mit großem Mut und unter großen persönlichen Risiken gegen das diktatorische Regime im Sudan für Freiheit und Menschenrechte eingesetzt. Auch wir als *Lebenshaus* haben uns damals schriftlich an die Regierung al-Bashirs gewendet, um gegen Mai's Inhaftierung zu protestieren.

Als Mai nach sechs Wochen aus dem Gefängnis entlassen worden war, musste sie wegen ihrer großen weiteren Gefährdung ihr Heimatland verlassen. Nachdem das *Lebenshaus* eine Bürgschaft für sie einging, durfte sie in Deutschland einreisen und hat dann schließlich auch eine Zeit lang bei uns gelebt.

In dieser Zeit hörten und sangen wir öfter das Lied „Talkin' About A Revolution" von Tracy Chapman. Denn was wir uns alle gewünscht haben, war eine gelingende gewaltfreie Revolution im Sudan.

Al-Baschir hatte das Land seit fast dreißig Jahren terrorisiert, in eine islamistische Diktatur verwandelt und in den wirtschaftlichen Ruin geführt. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Am 19. Dezember 2018 ordnete das Regime eine Verdreifachung des Brotpreises an. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise rief das großen Protest hervor. An diesem Tag hat eine systemkritische Massenbewegung gegen das Regime al-Baschirs begonnen. Seither haben sich auf den Straßen der Hauptstadt Khartum hunderte von Massendemonstrationen und Streiks abgewechselt.

Aufgrund dieser monatelangen Proteste gegen den Diktator erklärte die Armee am 11. April 2019, sie habe in der Hauptstadt Khartum einen Putsch durchgeführt, al-Bashir festgenommen und werde nun eine neue Übergangsregierung bilden.

Da der sudanesische Militärrat nicht bereit ist, die Macht zeitnah einer zivilen Übergangsregierung zu übertragen, gehen die Proteste weiter. Auch wenn es zum Teil Fortschritte in den Verhandlungen gibt, ist weiter offen, wohin die Entwicklung geht. Wir hoffen natürlich, dass die zivilen, gewaltfreien Kräfte letztlich die Oberhand haben werden. Aber dies ist alles andere als sicher.

Julia Kramer, die gerade aus der sudanesischen Hauptstadt Khartum zurückgekehrt ist, schreibt am 14.5.2019:

„Der Mut, die Entschlossenheit und Kreativität der Menschen auf dem besetzten Platz vor dem Militärhauptquartier haben mich tief berührt. Es war unglaublich bewegend, selbst mitzuerleben was ‚people power' bewirken kann, selbst gegen die Übermacht einer Militärdiktatur mit mächtigen Verbündeten. Dennoch bleibt die Lage angespannt und die Revolution ist noch nicht vollendet, solange nicht die Macht tatsächlich in den Händen einer zivilen Regierung ist."

Julia hat von ihrer Reise aus dem Sudan auch Bilder mitgebracht, die sie uns dankenswerter Weise für eine Veröffentlichung in diesem Rundbrief zur Verfügung stellt. (s. S. 11/12)



*Ein Graffiti der Ankunft des Zuges der Revolutionär*innen aus Atbara vor dem Militärhauptquartier in Khartum.*



Demonstrantin an einer blockierten Zugangsstraße zum besetzten Gelände.



Publikum der Hauptbühne auf dem besetzten Gelände, im Hintergrund das Militärhauptquartier.



Demonstrierende Frauen auf dem besetzten Platz. Das Banner besagt: „Die Töchter des Landes fordern eine zivile Regierung“.



Eine brennende Straßenblockade in einem anderen Stadtteil Khartums. Sie soll die vorbeifahrenden Autos verlangsamen und den Fahrenden werden dann die politischen Forderungen zugerufen.



*Die Mauer der Anklage, mit Namen von Sicherheitskräften, die Aktivist*innen verhafteten, folterten und/oder umbrachten.*

Militär darf al-Bashirs Angriff auf die Menschenrechte nicht fortsetzen

Nach monatelangen Protesten gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir erklärte die Armee am 11. April 2019, sie habe in der Hauptstadt Khartum einen Putsch durchgeführt und werde nun eine neue Übergangsregierung bilden.

Kumi Naidoo, der internationale Generalsekretär von Amnesty International, sagte anlässlich der Amtsenthebung von al-Bashir: „An diesem historischen Tag für den Sudan muss die Welt in erster Linie anerkennen, mit welch außerordentlichem Mut, mit welcher Kreativität und Tapferkeit die sudanesische Bevölkerung ihre Rechte einfordert. Das heutige Ereignis sollte auch ein Weckruf für politische Entscheidungsträger rund um die Welt sein, die denken, sie könnten damit davonkommen, der Bevölkerung grundlegende Rechte zu verwehren."

Dennoch mahnt Kumi Naidoo: „Wir sind alarmiert angesichts der angekündigten Notmaßnahmen. Die sudanesischen Militärbehörden müssen sicherstellen, dass die Notstandsgesetze nicht die Rechte der Bevölkerung untergraben. Stattdessen müssen sie dafür sorgen, dass Menschenrechtsverletzungen, wie sie al-Bashirs 30-jährige Amtszeit gekennzeichnet haben, der Vergangenheit angehören."

Sieben Fakten zu den Protesten im Sudan

1. Große Zahl an Demonstrierenden

Die Amtsenthebung von Präsident Omar al-Bashir ist das Ergebnis der größten regierungskritischen Proteste, seit al-Bashir 1989 durch einen Militärputsch an die Macht kam. Es gab mehr als 700 Demonstrationen im ganzen Land seit Beginn der Proteste.

2. Wie die Proteste begannen

Die Proteste begannen Mitte Dezember 2018 mit Demonstrationen von Schüler_innen gegen den rasanten Anstieg der Brotpreise in Atbara, im Bundesstaat River Nile. Die Regierung hatte in Reaktion auf einen Rückgang der Ölproduktion sowie jahrelange US-Sanktionen neue Sparmaßnahmen beschlossen, darunter auch Kürzungen von Brot- und Kraftstoffsubventionen. Am 20. Dezember fanden in mehreren sudanesischen Städten ähnliche Proteste statt. Dort wurde bereits der Rücktritt von al-Bashir gefordert.

3. Sicherheitskräfte reagierten mit Gewalt

Die Regierung reagierte auf die Proteste mit unrechtmäßiger, exzessiver und teilweise tödlicher Gewalt. Sicherheitskräfte nutzten scharfe Munition sowie Gummigeschosse und Tränengas und griffen Verletzte sogar in Krankenhäusern an. Mindestens 59 Personen wurden getötet (bis 14.5. ist die Zahl der Toten auf rund 100 angestiegen, Red.), Hunderte wurden verletzt und Tausende wurden seit Beginn der Proteste verhaftet. Um die Proteste niederzuschlagen, setzte die Regierung bewaffnete Männer mit Gesichtsvermummung ein.

4. Durchgreifen in den sozialen Medien

Die Regierung ging scharf gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit vor, indem sie den Zugang zu sozialen Medien wie Facebook, Twitter und WhatsApp unterband. Die Seiten sind größtenteils offline geblieben. Viele Menschen haben jedoch über VPNs auf die Plattformen zugegriffen.

5. Proteste getragen durch die Gewerkschaften

Die Gewerkschaft SPA (Sudanese Professionals Association) stellte sich an die Spitze der Proteste. Anfangs rief sie zu einer Demonstration der Arbeiter_innen auf, um angesichts der massiven Inflation eine Anhebung des Mindestlohns zu fordern. Seit Ende Dezember erweiterte sie ihre Forderungen und forderte ebenso al-Bashirs Rücktritt. Die SPA hat die meisten der Proteste organisiert.

6. Al-Bashirs Reaktion

Al-Bashir bezeichnete die Demonstrierenden als „Ratten" und der ehemalige Vize-Präsident Ali Osman Taha sprach von einer Schatten-Miliz, die aufsteigen würde, um die Regierung zu stützen. Im Februar erklärte al-Bashir den Ausnahmezustand und entließ mehrere Minister_innen. Am 11. April erklärte der Armeechef Awad Ibn Ouf in einer Fernsehansprache die Absetzung von al-Bashir sowie dass er an einen „sicheren Ort" gebracht worden wäre.

7. Wegen Kriegsverbrechen gesucht

Bereits im März 2009 hat der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen al-Bashir sowie drei weitere Mitglieder seiner Regierung ausgestellt. Die Anklagepunkte umfassen Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Kontext des Konflikts in Darfur. Bisher konnte al-Bashir sich jeglicher strafrechtlicher Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen entziehen. Amnesty International spricht sich dafür aus, dass al-Bashir und die drei anderen Angeklagten nun an den Internationalen Strafgerichtshof übergeben werden. Die neuen Behörden im Sudan müssen es sich außerdem zur Priorität machen, auch auf nationaler Ebene Völkerrechtsverbrechen der letzten drei Jahrzehnte strafrechtlich zu verfolgen. Alle Verantwortlichen müssen in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden, ohne Verhängung der Todesstrafe.

Quelle: amnesty international - Pressemitteilung vom 12.04.2019. Übersetzung: Lea Rösner.



„Warum habt ihr nichts getan?“

Von Georg Rammer

„Die Welt ist aus den Fugen“, klagen Politiker und Medien. Es drohen Klimakatastrophen, ein Zusammenbruch der Finanzmärkte, noch mehr Armut und Ungleichheit – mit der Folge neuer großer Kriege und eines modernen Faschismus. Weitere -zig Millionen Menschen werden ihre Heimat verlassen müssen, um Elend und Krieg zu entgehen. Wir schreiben das Jahr 2039 und wir müssen uns den kritischen Fragen unserer Kinder und Enkel stellen: Habt ihr nicht bemerkt, wohin die Reise geht? Warum habt ihr nichts getan?

Ich verstehe es nicht. Ihr konntet doch unmöglich die zunehmende Gefahr übersehen. Es gab so viele Warnzeichen! Warum habt ihr nichts getan?

Wir konnten doch nicht wissen, was auf uns zukommt. Uns ging es eigentlich recht gut: Es herrschte Frieden, es gab Freiheiten, die meisten hatten Arbeit, Geld, Urlaub…

…und die anderen, die all das nicht hatten? Erinner dich: Seit 2000 war die Ungleichheit in Deutschland ständig gewachsen, jeder Fünfte war arm. Wie viele Alleinerziehende, Migranten, Rentner lebten in ständiger Sorge! Die Daseinsvorsorge war nicht mehr gewährleistet. Unbezahlbare Wohnungen, Klagen über Krankenhäuser und Bahn, die Heizung in Schulen fiel aus – und warum? Weil Reiche, Banken und Konzerne ungehemmt absahnen konnten!



Na ja, verboten war es ja nicht. Wäre doch Sache der Politik gewesen.

Eben! Die Regierungen, die EU hatten dafür gesorgt, dass die mächtigsten Konzerne gar keine Steuern bezahlen mussten. Was war mit Cum Ex und Diesel und Steuerparadiesen? Das wussten doch alle!

Ja, da haben schon viele gemurrt. Aber wir hatten doch keinen Einfluss. Irgendwie hatten alle das Gefühl, das ist in der ganzen EU so, eigentlich überall.

Stimmt ja auch! Die EU hatte sich zu einer Maschinerie zur Förderung der neoliberalen Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt. Alles privatisieren, weg mit sozialer Sicherung, kein Mitleid mit Armen. Große Teile der Jugend in der EU blieb ohne Perspektive. Wie konnte euch das alles kalt lassen?

Du, irgendwie ging es doch in der Welt allmählich allen besser.

Wirklich? Einige wenige Superreiche hatten so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Ihr habt auf Kosten der anderen gelebt. Hat es euch nicht zu denken gegeben, dass 70 Millionen Menschen wegen Krieg und Elend ihre Heimat verlassen mussten? 70 Millionen!

Ja, also das mit den Flüchtlingen hat bei uns schon Probleme geschaffen.

Bei uns, bei uns! Genau das war eure imperiale Sicht auf die Welt, die den Blick auf die brutale Realität versperrt und Empathie verhindert! Euch hat anscheinend nur dann etwas bewegt, wenn es eure Bequemlichkeit gestört hat.

Ich würde eher sagen: Wir konnten nicht die ganze Welt verbessern.

Quatsch! Die Länder waren für euch nur Absatzmärkte, Raum für Investitionen – ja, eure Kolonien! Und wenn die Menschen die Folgen nicht ausgehalten haben, habt ihr gleichgültig zugeschaut, wie sie sterben. 35 Tausend Menschen sind im Mittelmeer ertrunken. Ihr habt sogar die Rettung für die Sterbenden mit Gewalt verhindert! Wo war eure Menschlichkeit?

Du, viele haben den Flüchtlingen aufopfernd geholfen.

Und wurden dann als Kriminelle behandelt! „Ankerzentren“, nein, Konzentrationslager habt ihr errichtet, Diktatoren mit Waffen ausgerüstet. Natürlich alles im Namen der Menschenrechte und der Würde des Menschen!

Du siehst das zu einseitig. Wir konnten doch nicht alle aufnehmen. Und das tut den Ländern auch nicht gut, wenn so viele junge Leute das Land verlassen.

Verlassen müssen! Haben nicht eure Regierungen und Wirtschaftsverbände die Länder dazu gezwungen, eure Exporte zu kaufen, ihr Land den Agrarkonzernen zur Verfügung zu stellen, ihre Ressourcen billig zu verscherbeln, ihre Küsten leerfischen zu lassen! Mit „Freihandel“ habt ihr in Afrika einheimische Märkte kaputtgemacht, Bauern abhängig gemacht von Bayer und Monsanto. Menschenverachtend!

Jetzt wirst du polemisch.

Deutschland und die EU haben nicht die Ursachen behoben, sondern aufgerüstet, abgeschottet. Warum habt ihr die Politik nicht gezwungen, für die Menschen zu handeln und nicht nur für den Profit?

Als wäre das so einfach! Ja, vielleicht dachten wir wirklich, diese Wirtschaftspolitik sei alternativlos, würde allen zugute kommen. In den Zeitungen konnten wir immer lesen, welche Fortschritte es gibt, in der Tagesschau, in den Talkshows. Und noch was: Wenn alle anderen nichts tun, wieso sollst ausgerechnet du anfangen?

Wolltet ihr was tun? Ihr habt die Augen zugemacht, nichts wissen wollen.

Vergiss nicht: Wir haben an die Demokratie geglaubt, an die freie Presse, die unabhängige Justiz, die Parteien, an Europa. Und

immerhin hatten wir Frieden!

Ich fass es nicht: Frieden? Den Krieg habt ihr exportiert! Hast du Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen vergessen? Total zerstörte Länder! Das war euch alles egal, Hauptsache weit weg? Ihr seid in totale Gleichgültigkeit versunken. Millionen sterben, aber was soll's: Ihr habt euer Häuschen, Smartphone, SUV,…

Nicht mal die UNO konnte was bewirken.

Weil sich die NATO einen Dreck darum gekümmert hat, was die UN sagt. Du hast doch registriert, dass dem Iran ständig mit Krieg und Regime Change gedroht wurde! Du konntest auf der Karte sehen, dass Russland von der NATO umzingelt war! Der „westlichen Wertegemeinschaft" ging es nie um Gerechtigkeit und Frieden, sondern um Rohstoffe und globale Herrschaft.

Das ist mir zu krass. Die demokratischen Regeln galten für alle.

Welcher Demokratie? Die der Spekulanten und Lobbyisten, der Steuerparadiese, der Goldman Sachs, BlackRock und Bayer/Monsanto mit ihrem Einfluss in der Politik? Echte Demokratie war für Konzerne und Banken ein lästiges Hindernis. Sie waren auch für den Faschismus, wenn das gut für sie war. Weißt du, was die Deutsche Bank zur Wahl des Faschisten Bolsonaro in Brasilien gesagt hatte? Er sei „Wunschkandidat der Märkte". Der Neoliberalismus zerstört die Menschlichkeit, die Empathie. Sicher war der CEO von Rheinmetall ein freundlicher Herr. Aber 85.000 Kleinkinder waren im Krieg der Saudis gegen Jemen verhungert. Und wer hat die Waffen geliefert? Rheinmetall.

Du siehst nur das Negative. Du kannst nicht behaupten, die Menschenrechte wären bei uns nicht garantiert gewesen.

Waren sie es wirklich? Auch die wirtschaftlichen und sozialen Rechte? Abgesehen davon: Deutschland hat alles getan, um ein UN-Abkommen zu verhindern, das auch die Konzerne zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichten sollte. Die deutsche Präferenz war: Profit statt Menschenrechte. Welche Heuchelei!

Du hast es leicht, jetzt im Nachhinein zu kritisieren. Es wurde wirklich viel diskutiert, es gab Demos, es gab die Linkspartei. Überall sonst gab es Unterdrückung, aber wir konnten uns doch frei fühlen.

Aber habt ihr nicht erkannt: soziale Ungleichheit, Konzerndiktatur mit dem menschenfeindlichen Neoliberalismus und dann noch Militarismus und rechte Gewalt. Das ist doch die Basis für Faschismus!

Du kannst nicht 1933 mit 2019 vergleichen! Faschismus war vollkommen undenkbar.

Nichts von der Rechtsentwicklung in der EU mitgekriegt? Von Fremdenhass und rechter Gewalt gegen Flüchtlinge und Linke? Von den rechten Netzwerken bei Geheimdiensten und Bundeswehr? Faschismus beginnt nicht mit Hitler und SS! Er beginnt, wenn Menschen als ungleichwertig behandelt, Feindbilder gezüchtet werden, Angst, Hass und Gewalt wachsen. Wenn Widerstand gegen die Diktatur der Konzerne und die Kriegshetze durch immer mehr Überwachung unterdrückt wird.

Vielleicht gewöhnt man sich an solche Veränderungen. Was vor ein paar Jahren noch ein Skandal gewesen ist, ist plötzlich normaler Alltag. Aber ich war sehr wohl gegen AfD und Pegida. Und das waren auch alle Parteien…

…ja, und dann haben sie selber AfD-Politik betrieben. Aber die größte Gefahr ging nicht von AfD aus, sondern von der neoliberalen Politik, die sie groß gemacht hat.

Du kannst uns doch nicht für jede Fehlentwicklung die Politik verantwortlich machen.

Die Menschen hatten einen Groll. Konnten sie das Gefühl haben, dass die Politik ihre Bedürfnisse nach Frieden und Gerechtigkeit berücksichtigt? Immer mehr Menschen haben doch erlebt, dass sie nur als Konsumenten zählen! Dass sie auf wichtige Entscheidungen überhaupt keinen Einfluss haben!

Wir hatten immerhin den Eindruck, dass unsere Proteste etwas bewirken: Auf Klimagipfeln wurden Ziele vereinbart, Erfolge erzielt…

…und die Klimabeschlüsse waren halbherzig, ohne Verbindlichkeit – und nicht einmal die wurden eingehalten. Und die Leute machten auch keine Abstriche bei Flugreisen, Fleischkonsum oder ihren grotesken Blechpanzern. Dabei war allen klar: Es wird Wasserkriege, Dürre und gigantische Stürme geben und -zig Millionen werden auf der Flucht sein. Also: Was habt ihr getan? Was hast du getan?

Was hättest du an meiner Stelle getan?

Quelle: Hinter den Schlagzeilen

Terminübersicht

05. Juni 2019 18.00 Uhr am Stadtbrunnen in Gammertingen: **Protestkundgebung „Keine Abschiebungen nach Afghanistan!"**.
Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

06. Juli 2019 **TREFF im Lebenshaus: „Mit ‚Antisemitismus'-Vorwurf berechtigte Kritik an israelischer Politik zum Verstummen bringen?"**
Impulsreferat: Michael Schmid.
Anmeldung wird bis 4.7. erbeten.

27. Sept. 2019 18:00 Uhr am Stadtbrunnen in Gammertingen: **Kundgebung zum Tag des Flüchtlings 2019: „Keine Abschiebungen nach Afghanistan!"**.
Veranstalter: *Lebenshaus Schwäbische Alb*.

28. Sept. 2019 **„Erinnern, Gedenken, Verantwortung übernehmen" – Besuch der Gedenkstätten des Bisinger Konzentrationslagers mit Führung.**

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

ffuenf
code • design • e-commerce

Bildnachweise:

AK Friedensregion Bodensee S. 5

Anders Hellberg S. 2

Ferdinando Iannone S. 1, 14

Jörg Farys S. 3

Julia Kramer S. 11, 12

Lebenshaus S. 4, 5, 6, 7, 8, 10

Peter Heller S. 9

Mut

Was keiner wagt, das sollt ihr wagen,
was keiner sagt, das sagt heraus,
was keiner denkt, das wagt zu denken,
was keiner anfängt, das führt aus!

Wenn keiner ja sagt, sollt ihr‘s sagen,
wenn keiner nein sagt, sagt doch nein,
wenn alle zweifeln, wagt zu glauben,
wenn alle mittun, steht allein!

Wo alle loben, habt Bedenken,
wo alle spotten, spottet nicht,
wo alle geizen, wagt zu schenken.
wo alles dunkel ist, macht Licht!

Lothar Zenetti, Texte der Zuversicht

Der Dichter und Priester Lothar Zenetti ist am 24.02.2019 im Alter von 93 Jahren gestorben.